

Die wichtigsten Meldungen

dpa-Meldung v. 19.10.1990:

Die ehemalige DDR-Staatspartei SED besaß zahlreiche Immobilien, Firmen, Hotels und Verlage. Nach einem Mitte 1990 vorgelegten Vermögensbericht soll die Partei einen verfügbaren Geldbestand von 485,2 Millionen D-Mark besessen haben. Das Gesamtvermögen weist der Bericht zum 30. Juni mit knapp 3,1 Milliarden DDR-Mark aus. Ein halbes Jahr zuvor waren es noch 9,5 Milliarden. Dem Rückgang des Parteivermögens in nur einem halben Jahr um 65,6 Prozent stand dem Vermögensbericht zufolge auch ein Rückgang der Mitgliederzahlen von 1,5 Millionen auf damals 350 000 gegenüber.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Spekulationen über umfangreiche, ins Ausland transferierte Vermögenswerte. Ungeklärt blieb, wieviel der einstige Devisenbeschaffer der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski, auf ausländischen Konten angelegt hat. Erst vor wenigen Wochen flossen wieder Millionen in die Parteikasse. Die PDS trennte sich vom Berliner Verlag. Dafür sollen die neuen Eigentümer, der britische Verleger Robert Maxwell und der Hamburger Verlag Gruner + Jahr, nach unbestätigten Branchenmeldungen zwischen 250 und 300 Millionen D-Mark bezahlt haben.

dpa-Meldung v. 26.10.1990:

Vollkommen unklar ist die Höhe des PDS-Auslandsvermögens. Hierzu trägt auch die Tatsache bei, daß zu den Geschäften der SED der Unterhalt von Tarnbetrieben und diversen Auslandskonten sowie verdeckte Finanzoperationen zählten. Unstrittig ist, daß die SED jahrzehntelang kommunistische Parteien in Westeuropa, vor allem die DKP und ihren West-Berliner Ableger SEW, finanziell unterstützte. Zentrum der Finanzoperationen war die Abteilung Verkehr im Zentralkomitee der SED. Diese baute ein Parteifirmen-Imperium auf, das zum Vorbild des Devisenbeschaffers Schalk-Golodkowski geriet.

In den vergangenen Tagen trug eine Affäre um einen mutmaßlichen Millionentransfer der Partei zur Verwirrung bei. Der ehrenamtliche PDS-Mitarbeiter Karl-Heinz Kaufmann aus Halle soll in Oslo versucht haben, 70 Millionen Mark in bar von Konten der sowjetischen Firma «Putnik» abzuheben. Auf Konten dieser Firma sollen noch weitere Millionenbeträge geflossen sein, so etwa zunächst 95 Millionen Mark auf ein Firmenkonto in Halle und Ende September 85 Millionen Mark auf ein Konto in Bocholt. Nach mehreren Transaktionen lagen dann Anfang Oktober wieder 92 Millionen Mark auf einem PDS-Konto in Ost-Berlin. Davon seien die 70 Millionen Mark nach Oslo überwiesen worden.

dpa-Meldung v. 1.12.1994

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKPV) ist die entscheidende Instanz, wenn es um die Verwendung des Vermögens von ehemaligen DDR-Parteien geht.

In dem am 1. Juni 1990 im DDR-Gesetzblatt veröffentlichten Parteigesetz, dem auch die SED-Nachfolgepartei PDS zugestimmt hatte, wurde festgelegt, daß eine «unabhängige Kommission» eingesetzt wird. Ihr gegenüber haben die ehemaligen DDR-Parteien und -Organisationen «vollständig Rechenschaft» darüber abzulegen, welche Vermögenswerte seit dem 8. Mai 1945 «in ihr Vermögen oder das einer Vorgänger- oder Nachfolgeorganisation durch Erwerb, Enteignung oder auf sonstige Weise gelangt sind oder veräußert, verschenkt oder auf sonstige Weise abgegeben» wurden.

dpa-Meldung vom 24.08.1998

DDR-Parteivermögen bei 3,4 Milliarden - Schlußbericht der UKPV

DDR-Parteien und Massenorganisationen haben ein Vermögen von mindestens 3,4 Milliarden Mark angehäuft. Auf die SED-Nachfolgepartei PDS entfallen davon gut zwei Milliarden. Das geht aus dem in Bonn vorgelegten Abschlußbericht der «Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR» hervor.

Der Kommissions-Vorsitzende Christian von Hammerstein warf der PDS vor, SED-Vermögen systematisch vor staatlichen Zugriffen gesichert zu haben. «Die PDS hat an der Offenlegung ihrer Vermögens kein Interesse. Das wirft Licht auf das Demokratieverständnis der Partei.» Kaum eine Frage der Kommission zu Vermögen und Beteiligungen sei von der Partei klar und eindeutig beantwortet worden. Auch das Vermögen der mit CDU und FDP verschmolzenen DDR-Blockparteien wird in dem Bericht analysiert.

Die vor acht Jahren noch vor der Einheit eingesetzte Kommission legte am Montag Bundespräsidentin Rita Süßmuth ihren Abschlußbericht vor. Insgesamt konnte das Gremium nach Angaben Hammersteins gut 3,38 Milliarden Mark an Vermögen ermitteln. 2,64 Milliarden Mark konnte die Kommission sichern, etwa 750 Millionen Mark sind noch umstritten oder werden aus Verkaufserlösen erwartet. Zum Vermögen der Parteien gehörten rund 6 100 Grundstücke, davon allein 1 600 der SED und 1 700 des DDR-Gewerkschaftsverbandes FDGB.

Die sichergestellten Werte wurden bisher für gemeinnützige Zwecke in den neuen Ländern verwendet. Rund 760 Millionen Mark flossen in die Kultur- und Forschungsförderung. Nach den Auseinandersetzungen um die Altschulden der Ost-Kommunen fließen seit 1997 jährlich 107 Millionen Mark zur Schuldentilgung in die neuen Länder. Bis 2004 sollen es maximal 735 Millionen Mark sein. Hammerstein geht davon aus, daß für andere Verwendungen keine Mittel mehr übrig bleiben.

Mit der PDS hatte die Kommission 1992 und 1995 Vergleiche über das SED-Vermögen geschlossen. Danach darf die Partei nur das Vermögen behalten, das bereits die KPD zu Zeiten der Weimarer Republik besessen hatte. Nach Ansicht Hammersteins ist es der Kommission durch ihre Arbeit gelungen, der PDS die finanziellen Privilegien zu entziehen und so Chancengleichheit für alle Parteien herzustellen. Die PDS habe jedoch vor allem das Ziel verfolgt, «Vermögen zu verstecken».

Weitgehend erfolglos blieb der Versuch des Gremiums, über Belohnungen Hinweise aus der Bevölkerung auf DDR-Vermögen zu erhalten. Es habe zwar «Hunderte von Hinweisen» gegeben, doch seien diese wenig hilfreich gewesen. Eine Belohnung - bis zu fünf Millionen Mark sind möglich - sei bisher nicht ausbezahlt worden.

Neben der PDS hat die Kommission auch das Vermögen der DDR-Blockparteien, die teilweise mit West-CDU und -FDP verschmolzen wurden, unter die Lupe genommen. Die CDU hatte bereits im November 1990 auf sämtliches Vermögen der DDR-CDU verzichtet. Die FDP, die mit den DDR-Blockparteien LDPD und NDPD zusammengegangen war, konnte sich drei Objekte an der Ostsee und in Dresden im Wert von rund 1,5 Millionen Mark sowie rund 4,8 Millionen Mark in bar sichern. Hammerstein rechtfertigte dies mit zwei Jahren zwischen 1945 und 1947, in denen die LDPD demokratische Strukturen gehabt habe.

Der SPD blieb mit Rückblick auf ihr Vermögen vor der Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED eine einmalige Zahlung von rund 75 Millionen Mark vor allem aus Zeitungsbeiträgen.